



Antiracism Festival

Das diesjährige Festival ist den Menschen gewidmet, die Opfer der rassistischen NSU-Morde wurden. In diesem Jahr geht der Prozess gegen die wissende Mitschuldige Beate Zschäpe zu Ende, dies wollen wir zum Anlass nehmen die oft vernachlässigte Perspektive der Opfer rechter Gewalt in den Blick zu nehmen. Im Mai und Juni 2006 organisierten Angehörige der durch die NSU Ermordeten Trauermärsche unter dem Motto »Kein 10. Opfer«. Ihre Stimmen wurden damals viel zu spät gehört. Die ermittelnden Behörden nahmen die Hinweise auf ein rassistisches Motiv der Taten nicht ernst, verklärten diese in rassistischer Weise als „Dönermorde“ und rückten die Angehörigen der Opfer in ein kriminelles Milieu. Die polizeiliche Ermittlung und die vielfachen und nicht aufgearbeiteten Verstrickungen der Verfassungsschutzorgane stehen nicht für eine rechte Verschwörung in den Behörden, sondern für eine rassistische Einteilung und Rasterung unserer Selbst- und Außenwahrnehmung. Aussehen, Sprache, Erscheinung, Herkunft und Glaube spielen sehr wohl eine Rolle dafür, wie in Deutschland Recht gesprochen, ausgelegt und vollzogen wird. Egal ob es sich um racial profiling handelt, oder die Abschiebep Praxis – eine Gleichheit vor dem Gesetz und den Vollzugsorganen ist nicht gegeben. Doch die Angehörigen und Organisator*innen der Trauermärsche »Kein 10. Opfer« machen auch Mut: sich nicht einschüchtern zu lassen, sich nicht mit den bestehenden Zuständen abzufinden, gemeinsam etwas zu verändern und eine antirassistische Praxis als eine Aufgabe und Herausforderung, an sich selbst und an die Gesellschaft, zu verstehen und zu leben.

Darum: Seid neugierig und kommt vom 22. Juni bis zum 4. Juli zu den vielen Veranstaltungen – Konzert, Vorträge, Workshops, Filmvorführungen, Lesung, Stadtführung, Grillabend – des Antiracism-Festivals.

Diskussionstermin: Die EU in Zeiten von „America first!“. Das imperialistische Konkurrenzprojekt „Europa“ in der Krise

„Europa kann sich auf Amerika unter Trump nicht mehr wie früher verlassen!“ – „Europa muss sein Schicksal endlich mehr in die eigenen Hände nehmen!“ – „Europa muss seinen Zusammenhalt und seine Friedensordnung gegen alle Spaltungsversuche von außen bewahren!“ – „Europa muss

gegen die weltweite Tendenz zu nationalem Egoismus und Abschottung zusammenstehen und dafür endlich den Fortschritt zu einer wirklichen Staatenunion machen!“ Und so weiter und so fort. Das sind die gängigen Sprachregelungen der pro-europäischen Mehrheit der herrschenden Politik im Lande. Sie haben den Vorteil größter Eindeutigkeit – bezüglich der Parteinahme für „Europa“ nämlich, von der sie ganz selbstverständlich ausgehen. Ein paar Fragen werfen sie aber auch auf:

– Wenn auf Amerika „kein Verlass mehr“ ist, weil Trump droht, Regeln zu kündigen, die seiner Meinung nach Europa einseitig nutzen und Amerika schaden: Liegt Trump mit seiner Bilanz dann eigentlich gleich völlig daneben, und gehen dann die Konsequenzen in Ordnung, die Europas Führungsmächte daraus ziehen?

– Worin besteht eigentlich das „Schicksal Europas“, wenn sein bisheriger Gang durch eine gegen die bestehende Weltwirtschaft und ihre Geschäftsordnung gerichtete nationale Standortinitiative Trumps so nachhaltig gefährdet wird?

– Wie kann es eigentlich sein, dass Frieden und Zusammenhalt in der europäischen Staatengemeinschaft durch Spaltungstendenzen gefährdet sind, die immer bloß von außen kommen sollen?

– Warum also „muss Europa endlich“, mit Blick auf Trumps USA, aber auch auf Putins Russland und China, entscheidende „Fortschritte“ machen, und welche eigentlich – gegen alle Einsprüche, die es in Europa ja ganz unübersehbar reichlich gibt?

Unsere zentrale These dazu lautet: Wenn die Zuständigen der europäischen Führungsmacht Deutschland angesichts von Trumps ‚America first‘-Politik eine Besinnung auf „gemeinsame Interessen und die Verantwortung Europas für die Welt“, also die neue Dringlichkeit des europäischen Zusammenhalts beschwören – dann nehmen sie mit ihrem Projekt ‚vereintes Europa‘ Maß an der Vormacht der USA und sehen sich herausgefordert, den von ihnen geführten Staatenblock als Waffe für die Konkurrenz gegen die amerikanische Weltmacht voranzubringen.

Diskussionstermin der AG Analyse & Kritik mit einem Redakteur der Zeitschrift GegenStandpunkt.

Donnerstag, 28.06.2018, 19 Uhr, Bürgerwache am Siegfriedplatz

Bielefeld für die Schließung aller Schlachthäuser: Demo und Konferenz

Am Samstag, den 30.06. findet in Bielefeld zum dritten Mal die Großdemonstration für die Schließung aller Schlachthäuser statt. Die Demo ist Teil weltweiter Proteste in rund

40 Städten unter dem selben Motto und startet um 14 Uhr am Hauptbahnhof. Die Demonstration fordert das Ende der systematischen Gewalt gegen Tiere in Form ihrer Zucht, Nutzung und Tötung für den menschlichen Konsum. Mitveranstalter ist die Hochschulgruppe VENGA, die zudem am Sonntag, den 01.07. zur ersten Konferenz für die Schließung aller Schlachthäuser in die Uni einlädt.

Hörsaal 2 (Themenfeld Gesellschaft und Veganismus)
12:00 – 13:00 | Steven Burke
Darstellung von Vegetarismus und Veganismus in Filmen und Serien
13:00 – 14:00 | Kevin Pottmeier
Stereotype Geschlechterrollen und Tierausbeutung
14:00 – 14:30 Pause
14:30 – 15:30 | Andreas Bender
Fleischalternativen aus Fleischfabriken – wie vielen Tieren retten sie das Leben?
15:30 – 16:30 | Podiumsdiskussion
Veganismus: Rettet er die Welt?

Hörsaal 3 (Themenfeld Tierrechte und Aktivismus)
11:00 – 12:00 | Scarlett
Impulse zum Vollzeitaktivismus
12:00 – 13:00 | Podiumsdiskussion
Die Tierrechtsbewegung: Links und doch offen für die Mitte der Gesellschaft?
13:00 – 14:00 | Simon Anhut
Aktivismus für Hühner und Fische als Stellvertreter aller
14:00 – 14:30 Pause
14:30 – 15:30 | Manuel Wetzig
Kommunikationsguerilla – kreativ und wirkungsvoll
15:30 – 17:30 | Film
„Der Prozess“

Heimatministerium - Ausstellung zu institutionellem Rassismus in Deutschland

Als im Sommer letzten Jahres in der Unihalle eine Ausstellung zur Selbstdarstellung des Innenministeriums unter dem Titel "Vorbilder in Sport und Politik gegen Rassismus" zu sehen war, glaubten viele ihren Augen nicht. Der damalige Innenminister Thomas de Maizière wurde als deziderter Gegner des Rassismus dargestellt! Er hatte zu-

vor verkündet, dass einige Gebiete in Afghanistan als "sicher" einzustufen und Abschiebungen nach Afghanistan nicht mehr prinzipiell auszuschließen seien. Außerdem war kurz davor ein Generalverdacht für alle Asylsuchenden in Kraft getreten, der es dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erlaubt, die Smartphones und andere Datenträger von Asylsuchenden standardmäßig und ohne deren Einwilligung auszulesen und als Beweismittel im Asylverfahren heranzuziehen - eine Katastrophe für die Informationelle Selbstbestimmung der Geflüchteten!

Um die verherrlichende Selbstdarstellung des Innenministeriums nicht so stehen zu lassen, machten wir in einem anderen Teil der Uni Halle eine komplementäre Ausstellung zu rassistischer Ausgrenzung, Polizeigewalt und staatlicher Repression in Deutschland unter dem Titel "Wer hier meckert wird erschossen" (in Anlehnung an das in der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Bielefeld aufgehängte Schild).

Die rechtlichen Grundlagen für die rassistische Ausgrenzung von Asylsuchenden werden immer weiter verschärft und so eine Gleichberechtigung strukturell verhindert. Einige gesetzliche Regelungen und Maßnahmen sind rechtswidrig und verstoßen in verfassungswidriger Form gegen die Grundrechte von Geflüchteten. Das wiederholte Versagen der Behörden zeigt, dass derartige Missstände nicht ohne den politischen Druck einer wachen Zivilgesellschaft aufgeklärt, geschweige denn beendet werden können. Doch die Wahrnehmung von Grundrechten und Zivilcourage wird nicht nur erschwert, sondern auch kriminalisiert, wie z.B. die Strafverfahren gegen die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh zeigen. Die Schaffung eines "Heimatministeriums" auf Bundesebene und die Ausweitung der polizeilichen Befugnisse (wie z.B. mit dem vom bayerischen Landtag bereits beschlossenen Polizei Aufgaben Gesetz oder mit der geplanten Änderung des Polizeigesetzes in NRW) zeigen sehr eindringlich, dass mehr zu tun ist, als darauf zu hoffen, dass das Verfassungsgericht seine Arbeit macht.

Wann: 22. Juni - 4. Juli
Wo: Ehemalige Buchhandlung Luce in der Uni-Halle (1)
UND Haupthalle/ Magistrale im FH Hauptgebäude (2)



Impressum / Kontakt:

Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)
Universität Bielefeld
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld

Telefon: 0521 / 106-3423

Fax: 0521 / 106-6499

Internet: www.asta-bielefeld.de

E-Mail: info@asta-bielefeld.de

Eure Meinung zur *Poolpropaganda* an: poolpropaganda@asta-bielefeld.de

Beratungszeiten:

Studienfinanzierungsberatung & NRW-Bank Darlehensabwicklung

in C1-162: Mo 10-14 Uhr, Mi-Do 12-15 Uhr

Aufenthaltsrechtliche Beratung in C1-162: Mo 10-13 Uhr

BAföG-Beratung in C1-162: Mo+Fr 10-14 Uhr, Di+Do 10-15 Uhr, Mi 10-18

Wohngeldberatung in C1-162: Mo 10-14 Uhr

Schuldner*innenberatung in L4-128: Mo 12:30-13:30 Uhr

Sozialdarlehensberatung/AStA-Sozialreferat in L4-123:

Mo+Di 10-14 Uhr, Mi 14-16 Uhr, Do 11-13 Uhr

Rechtsberatung in L4-128: Di 14-15:30 Uhr, Do 12:15-13:45 Uhr

Arbeits- und Sozialrechtsberatung in L4-128: Mi 11-16 Uhr

Referat für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung

in C1-186: Mo 15-17 Uhr, Mi 14:30-16 Uhr

Verkehrsgruppe in L4-128: Mi 10-11 Uhr

Beratung zu Problemen in Studium und Lehre in C1-162: Mo 13-16 Uhr

ISR Beratung für internationale Studierende in C1-172: Do 11-13 Uhr

Öffnungszeiten des AStA-Pools in C1-154:

Mo-Fr: 10-16 Uhr, vorlesungsfreie Zeit 11-15 Uhr

AStA-Sitzung:

Dienstag 12 Uhr in L4-127

Öffnungszeiten des Sekretariats in L4-121:

Mo-Do: 9:00-12:30 Uhr und 13:00-16:00 Uhr

Fr: 9:00-12:00 Uhr

Öffnungszeiten des Radtschlags in C02-201:

Mo-Fr: 11-13 Uhr und 14-18 Uhr

